Koalitionspolitikerin Touré: Reizfigur für Rechte

Flucht in die Politik

Schleswig-Holstein Die Grünenabgeordnete Aminata Touré, 26, setzt sich für Asylsuchende ein – aber als Migrationssprecherin ihrer Fraktion muss sie auch ein Abschiebegefängnis verteidigen.

Was macht man, wenn man immer auffällt? Aminata Touré ist groß, ihre Stimme kräftig. Im Juni 2017 zog sie in den Kieler Landtag ein, als erste schwarze Abgeordnete – eine von sieben in ganz Deutschland.

Grünen-Chef Robert Habeck fiel sie bei einem Parteitag in Neumünster auf. Am selben Tag hatte die NPD einen Aufmarsch in der Stadt angemeldet. Die junge Grüne erhob sich und beantragte, die Sitzung zu unterbrechen. Den Rechten auf der Straße die Stirn zu bieten sei wichtiger. »Wie cool ist die denn?«, habe er gedacht.

Auf der Straße umringten Habeck, damals noch Landesminister, sofort Sicherheitskräfte. Ihm war das unangenehm. Als Linker neben Polizisten in voller Kampfmontur zur Anti-Nazi-Demo? Touré hingegen hatte keine Berührungsängste: Sie fühlte sich sicherer neben der Polizei.

Touré wurde vor 26 Jahren in einem Flüchtlingsheim in Neumünster geboren; erst mit zwölf Jahren bekam sie einen deutschen Pass. Mali, die Heimat ihrer Eltern, hat sie erst danach einmal besucht. Man hielt sie dort für eine Amerikanerin.

Im Landesparlament setzt sie sich für Menschen ein, die sie »meine Community« nennt: Geflüchtete und Migranten.

Jetzt, nach gut anderthalb Jahren, muss sie feststellen: Die Träume ihrer Community, der Idealismus ihrer grünen Anhänger passen nicht immer zusammen mit der Realpolitik, die sie als Abgeordnete der schwarz-grün-gelben Koalition in Kiel zu vertreten hat. Politische Gegner, mal von links, mal von rechts, überziehen sie mit Häme, wenn sich die Gelegenheit bietet.

Ein feiner Riss zwischen Vision und Wirklichkeit war schon bald nach der Landtagswahl erkennbar. Viele Grüne in Schleswig-Holstein waren von der Aussicht, mit der verhassten CDU und den Liberalen zu regieren, wenig begeistert. Wenn die Grünen vor Jamaika kniffen, belehrte die damals 24-Jährige ihre Parteifreunde, könne sie das ihrer Community nicht mehr vermitteln. Dann wären alle Erfolge, die man für Migranten verhandelt habe, perdu. »Ohne Aminata Touré«, sagt Robert Habeck, »wäre Jamaika womöglich nicht zustande gekommen.«

Touré hat einen Bachelor in Politikwissenschaften, sie war Referentin einer grünen Bundestagsabgeordneten. Vor einem Jahr hat sie geheiratet, ihr Mann, Sprecher im Umweltministerium, heißt jetzt Joschka Touré. Die Feministin wollte ihren eigenen Namen nicht aufgeben. Nach ihrer Vereidigung im Landtag postete sie auf Instagram: »Für jemanden, dessen Eltern aus einem Unrechtsstaat geflohen sind, ist die Aufgabe, in der kommenden Legislatur für die Rechte von Geflüchteten in einer Demokratie kämpfen zu dürfen, unglaublich bewegend.«

Sie hat sich kein einfaches Ziel gesetzt. Denn Tourés Partei ist Teil einer Regierungskoalition, die nicht nur Integration fördern, sondern auch hart gegen sich illegal in Deutschland aufhaltende Migranten vorgehen will.

Als Kind hat sie selbst erlebt, wie es ist, ständig in Angst vor der Ausweisung zu leben. »Wir dürfen Migranten nicht kriminalisieren«, fordert Touré nachdrücklich. Abschiebegefängnisse lehnt sie ab. Eigentlich.

Doch der Jamaika-Koalitionsvertrag sieht den Bau einer Abschiebehaftanstalt vor, und Flüchtlingssprecherin Touré muss das Vorhaben immer wieder verteidigen. Sie war noch kein Jahr Abgeordnete, da brachte die SPD aus der Opposition den ersten Antrag gegen die neue Abschiebehaft ein. Triumphierend warf Ralf Stegner, Fraktionschef in Kiel, der Regierung Heuchelei vor. Eine »riesige Abschiebehaftanstalt« für ganz Norddeutschland sei da nämlich geplant – und das auch noch, Stegner ließ die Mundwinkel noch tiefer sinken, mithilfe der Grünen.

Wie die junge Frau dann dem Platzhirsch die Stirn bot, daran erinnert sich im Landtag jeder, der dabei war. Seitdem genießt Touré Respekt. Von wegen Riesenknast, beschied sie Stegner kühl, es gehe um 20 Plätze. Am Ende ihrer Gegenrede gab sie dem

Altvorderen sogar einen Rat: »Herr Stegner, Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Wenn Sie sagen, Sie wollten keine Einrichtung, dann machen Sie sich doch gemeinsam mit uns Grünen auf den Weg und streichen diese Regelung aus dem Aufenthaltsgesetz.« Die schwarz-grün-gelbe Mehrheit im Saal feixte.

Ihre ersten Lebensjahre verbrachte Touré in Faldera, einer Siedlung am Rande von Neumünster. Die Sammelunterkunft, die sich gut ein Dutzend Familien teilten, existiert heute nicht mehr. Es gab eine Dusche im Keller, ihre Mutter musste bei Penny mit Essensmarken bezahlen. Die Töchter durften nicht in den Kindergarten, die Eltern bekamen keine Sprachkurse. Sie waren ja nur geduldet. Die Mädchen wurden mit der Angst groß, dass die Polizei sie jederzeit abholen würde. Es dauerte mehr als ein Jahrzehnt, bis die Familie einen dauerhaften Aufenthaltstitel erhielt.

Damals verließ Tourés Vater die Familie. Ihre Mutter Fatoumata Touré arbeitete als Altenpflegerin; sie erzog die Töchter streng. Heute haben alle vier Abitur.

»Es war nicht einfach«, sagt Fatoumata Touré rückblickend. Sie ist eine stolze Frau, groß wie die Tochter. Neuerdings arbeitet sie im Landesamt für Ausländerangelegenheiten. Erst vor fünf Jahren sei ihr malischer Schulabschluss anerkannt worden, »dabei ist es ein Bac, ein französisches Abitur, strenger als das deutsche«.

Mutter und Tochter sprechen über selbst erlebte Diskriminierung eher ungern. Aminata Touré war in der Oberstufe Schülersprecherin, sie hat sich dafür starkgemacht, dass die Gemeinschaftsschule Faldera seit 2010 am Programm »Schule ohne Rassismus« teilnimmt.

Zuvor hatte sie an der Schule schlechte Erfahrungen gemacht. Es sei in der siebten Klasse gewesen, die Jungen hätten verbotenerweise Fußball auf dem Rasen gespielt. Da sei der Hausmeister gekommen. Er habe den Ball genommen und ihn ausgerechnet ihr an den Kopf geschleudert: einem Mädchen, das nie Fußball spielte, aber das einzige schwarze Kind war. Einen anderen Grund als ihre Hautfarbe habe sie nicht für diesen Angriff erkannt.

Vor Wut habe sie dem Peiniger gegen das Schienbein getreten. Danach habe sie Angst bekommen. Was würde ihre Mutter sagen? Gewalt sei kein Mittel, hatte die ihr eingeimpft. »Aber dieses Mal hat sie mich getröstet. Und sie hat sich bei der Schulleitung beschwert.«

Fatoumata Touré schickt nach dem Treffen eine Mail. Sie möchte etwas ergänzen. Aminata sei schon als Kind verwundert gewesen, dass sie immer wieder gefragt wurde: »Woher kommst du?« Früh habe sie sich daher klarmachen müssen, wer sie sei. Dass es kein Widerspruch sei, schwarz und deutsch zugleich zu sein. »Ich bin überzeugt«, schreibt die Mutter, »dass dieses Selbstverständnis einen Großteil ihrer starken Persönlichkeit ausmacht.«

Im September ist die Volksvertreterin nach Chemnitz gefahren, zum Protest nach den Straßenattacken auf Ausländer. Kurz darauf war sie auf Einladung von Congressional Black Caucus, der Vereinigung afroamerikanischer Kongressmitglieder, in Washington. Auch in Oakland, Brüssel oder Berlin war Touré schon als Repräsentantin Afrodeutscher. Vor ihrer politischen Rolle hat sie Respekt: »Wenn ich versage, wird das nicht nur als persönliches Versagen gesehen, sondern als das aller Schwarzer.«

Für die AfD im Landtag ist die grüne Muslimin eine Reizfigur. Den Rechten passt es nicht, wie sie sich für eine Beratungsstelle einsetzt, die illegal Beschäftigten, etwa Schlachthofarbeitern oder Zwangsprostituierten, helfen soll.

Oder das Resettlement-Programm der Kieler Koalition: Schleswig-Holstein will 500 Frauen und Kinder aus Flüchtlingslagern in Ägypten und Äthiopien aufnehmen. Immer wieder bringt die AfD im Gegenzug Anträge ein, die sich gegen Flüchtlinge richten.

»Was wäre Ihre Partei ohne die tragischen Schicksale von Menschen, die hierherkommen?«, fragt Touré da schon mal höhnisch. Man müsse sich Rassismus leisten können, belehrt sie ein andermal die AfD. In zwölf Jahren würden im Norden 100 000 Arbeitskräfte fehlen. Sie ruft: »Ich wünsche Ihnen eine fröhliche Vermehrung!« Annette Bruhns

Mail: annette.bruhns@spiegel.de